

Mehr Ferien für alle, die freiwillig Einsätze leisten

- 15.03.2024
- Tages-Anzeiger
- Jacqueline Büchi

Jacqueline Büchi Bedürftigen helfen, die Natur pflegen, sich bei der Feuerwehr engagieren: Geht es nach den Initianten der Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz», soll künftig jede Frau und jeder Mann mit Schweizer Bürgerrecht einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit leisten. Die sogenannte Service-Citoyen-Initiative will die heutige Dienstpflicht auf den weiblichen Teil der Bevölkerung ausdehnen. Neben einem Dienst in der Armee oder im Zivilschutz soll ein gleichwertiger Dienst für das Gemeinwohl möglich sein, etwa in Vereinen, in Heimen oder im Umweltbereich. Während das Anliegen in der Bevölkerung populär ist - Umfragen ermittelten Zustimmungswerte zwischen 57 und 71 Prozent -, kann der Bundesrat wenig anfangen damit. Wie er jüngst bekannt gab, empfiehlt er dem Parlament, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Sorgen machen der Regierung unter anderem die «beträchtlichen» volkswirtschaftlichen Folgen. Heute belaufen sich die Erwerbsersatzkosten für Militär, Zivilschutz und Zivildienst auf rund 700 Millionen Franken. Wären die Frauen ebenfalls dienstpflichtig, dürften sich diese Kosten laut Bund annähernd verdoppeln. Daneben ortet der Bundesrat weitere Probleme. Es sei unklar, ob die Personalbestände von Armee und Zivilschutz mit dem Modell auf Dauer alimentiert werden könnten.

Der Wirtschaft werde Personal entzogen. Zudem seien Konflikte mit dem Zwangsarbeitsverbot möglich, wenn ein Grossteil der Bevölkerung zu Diensten ausserhalb von Armee und Zivilschutz verpflichtet wird. Sorge um die Gesellschaft Noemie Roten ist enttäuscht, aber nicht überrascht: «Leider zeigt sich schon lange, dass der Bundesrat in dem Bereich keine Visionen hat.» Die Geschäftsleiterin des Vereins Service Citoyen warnt: Wenn sich die Menschen immer weniger gemeinsam engagierten und immer mehr in ihre sozialen Blasen zurückzögen, bedeute das für die Gesellschaft nichts Gutes. Die Antwort des Bundesrats beschäftigt auch Freiwilligenorganisationen.

Andreas Müller, der früher Bundesräte beraten hat und Vizedirektor der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse war, betreut heute bei der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) den Themenschwerpunkt «Freiwilligenarbeit». Er findet es falsch, dass der Bundesrat mit volkswirtschaftlichen Argumenten und nicht gesellschaftspolitisch auf die Initiative reagiert. Die Regierung agiere «desinteressiert, defensiv und nicht auf der Höhe der Zeit», kritisiert Müller. Zwar hat die SGG, auch bekannt als Rütli-Verein, noch keine Parole zur Initiative gefasst. Für Müller ist jedoch klar: Es brauche eine Grundsatzdebatte.

Wer die Initiative ablehne, müsse bereit sein, über andere Wege zu sprechen. Auf Anfrage bringt er selbst einen Vorschlag ins Spiel: die Einführung eines Freiwilligenurlaubs. Die Idee knüpft beim sogenannten Jugendurlaub an. Bereits heute sieht das Gesetz vor, dass unter 30-Jährige eine Arbeitswoche pro Jahr freinehmen können, um sich ehrenamtlich zu engagieren. Ihren Lohn erhalten sie in dieser Zeit nicht.

Erst am Mittwoch hat sich der Ständerat dafür ausgesprochen, den Jugendurlaub auf zwei Wochen zu verdoppeln. Die SGG möchte noch weitergehen. Müller sagt: «Eine Möglichkeit wäre, diesen Urlaub auch auf Personen über 30 auszudehnen.» Unternehmen sollten zudem dazu ermutigt werden, den Lohn ihrer Angestellten während des Urlaubs weiterzuzahlen. SP und SVP gegen Initiative Hinter der Service-Citoyen-Initiative stehen die Grünliberalen, die EVP, die Piratenpartei und mehrere Jungparteien.

Auch einige Exponentinnen von FDP und Mitte sowie vereinzelte linke Politiker sitzen im

Komitee. Zu den Gegnerinnen gehört die SP. Nationalrätin Priska Seiler Graf sieht keine Notwendigkeit, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. «Ich bin überzeugt, dass die Zustimmung in der Bevölkerung bröckelt, sobald sich die Leute eingehender mit dem Bürgerdienst befassen.» Die Idee eines Freiwilligenurlaubs hat für Seiler Graf aber «einen gewissen Reiz».

Auch SVP-Nationalrat Thomas Hurter lehnt die Initiative ab. Anderweitige Anreize, um die Freiwilligenarbeit zu fördern, braucht es aus seiner Sicht nicht. «Das entspricht nicht dem Gedanken unseres Milizsystems.» Das Verteidigungsdepartement prüft derzeit zwei Varianten für eine mögliche Weiterentwicklung der Dienstpflicht: das norwegische Modell, bei dem auch Frauen stellungspflichtig wären, und eine Zusammenlegung von Zivilschutz und Zivildienst. Initiantin Noemie Roten betont, es gehe explizit nicht darum, Armee und zivilgesellschaftliches Engagement gegeneinander auszuspielen.